

Leistungsorientierung setzt sich durch

Studie: 85 Prozent der kommunalen Arbeitgeber nutzen Instrument der leistungsorientierten Bezahlung / VKA: „Volumen der Prämien muss ausgebaut werden“

Frankfurt. Die leistungsorientierte Bezahlung im öffentlichen Dienst – eines der Kernstücke der Tarifreform durch den TvöD – ist auf einem guten Weg. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC). 85 Prozent der kommunalen Arbeitgeber wollen die Leistungsbezahlung noch in diesem Jahr einführen oder haben es bereits getan, heißt es in der Studie. PwC bestätigt damit die Ergebnisse einer eigenen Umfrage der VKA unter 4000 kommunalen Arbeitgebern.

„Das kann als großer Erfolg der TVöD-Reform gewertet werden. Schon ein Jahr nach der Einführung gehört die Leistungsbezahlung für die kommunalen Arbeitgeber zu einem modernen und wettbewerbsorientierten Vergütungssystem. Die Akzeptanz der Leistungsbezahlung steigt, auch wenn die Einführung sicher mit einem gewissen Aufwand verbunden ist. Umso unverständlicher ist, dass sich die Gewerkschaften in der diesjährigen Tarifrunde geweigert haben, dass zur Leistungsbezahlung zu verwendende Volumen auszubauen. Es gibt für uns aber keine Zweifel, an der Leistungsbezahlung und ihrem Ausbau festzuhalten“, so Hartmut Matiaske, Geschäftsführer der VKA.

Bisher kommen ein Prozent der Monatsentgelte in einen Topf, aus dem die Prämien für die Mitarbeiter ausgeschüttet werden, acht Prozent sind die mit den Gewerkschaften bereits vereinbarte Zielgröße. Über dessen Verteilung werden in den Verwaltungen und kommunalen Betrieben Dienst- und Betriebsvereinbarungen getroffen. Als Verteilungskriterium kommen systematische Leistungsbeurteilungen oder Zielvereinbarungen sowie Mischformen in Betracht.

Die Studie von PwC ermittelt, dass die Arbeitgeber, die die Leistungsorientierung eingeführt haben, rund drei Viertel ihrer Mitarbeiter eine Prämie zahlen. „Diese Zahl empfinden wir nicht als zu hoch. Im Gegenteil: Möglichst viele Mitarbeiter sollen einen Anteil aus dem Prämientopf erhalten – nur eben in unterschiedlicher Höhe“, so Matiaske. „Nur so kann die Leistungsbezahlung und ihrer Identifizierung mit ihren Zielen gewonnen werden“.

Die VKA verhandelt Tarifverträge für rund zwei Millionen Beschäftigte des kommunalen öffentlichen Dienstes. Zu den kommunalen Arbeitgebern gehören unter anderem Verwaltungen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, Sparkassen, Ver- und Entsorgungsbetriebe sowie Nahverkehrsunternehmen und Flughäfen.

Weitere Informationen auf www.vka.de.

Pressekontakt VKA:

Katja Christ
Telefon: (069) 92 00 47-54
Mobil: 0160 – 94 12 18 50
E-Mail: katja.christ@vka.de